

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 888 946 ppbn d
Telefax: 21 06 84

Inhalt

Prof. Gerhard Heimann
MdB zu den Veränderun-
gen im Osten und ihrer Be-
deutung für Europa: Das
Ende der Nachkriegsord-
nung. (Teil I)

Seite 1

Annemarie Renger MdB
zum 86. Geburtstag von
Fritz Heine: Die Geschichte
erlitten und mitgestaltet.

Seite 4

Dokumentation:

Bei der Gründung der So-
zialdemokratischen Partei in
der DDR, die am 7. Okto-
ber in Schwante (Kreis Ora-
nienburg) erfolgte, hielt
Markus Meckel einen pro-
grammatischen Vortrag, den
wir in mehreren Fortsetzun-
gen dokumentieren. (Teil I)

Seite 5

44. Jahrgang / 234

6. Dezember 1989

Das Ende der Nachkriegsordnung

(Teil I)

Gedanken zu den Veränderungen im Osten und ihrer Bedeutung
für Europa

Von Prof. Gerhard Heimann MdB

1. Eine große europäische Revolution

Seit der staatsstreichähnlichen Entmachtung Erich Honeckers vollzieht sich in der DDR im Rahmen der alten Institutionen eine Neubestimmung ihrer Inhalte und Funktionen. Mit den alten Inhalten fallen auch die Personen, die sie bisher getragen haben. Das Volk in der DDR kann nicht mehr daran gehindert werden, Demonstrationen zu veranstalten, an denen Hunderttausende teilnehmen. Ein solches Volk ist eine Drohung für jede Regierung und hat faktisch die Staatsgewalt in seine Hände zurückgenommen, bevor überhaupt allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlen stattgefunden haben. Es war diese vom Volk ausgehende Drohung, die in der Nacht vom 9. zum 10. November die Mauer geöffnet hat. Das ist eine Revolution auf deutschem Boden, und hoffentlich eine, die endlich einmal gelingt!

Aber ist es allein eine deutsche Revolution? Dem frisch erwachten, neuen Nationalgefühl würde es sicher schmeicheln, Zeitzeugen einer originär deutschen Revolution zu sein. Man müßte die Gegenwart schon aus einem gefährlich national verengten Blickwinkel betrachten, um die Vorgänge in der DDR so isoliert zu bewerten. Die „November-Revolution“ des Jahres 1989 in Berlin, Leipzig, Dresden und anderen Orten ist ein Höhepunkt in einer neuen Etappe, die zu dem Gesamtprozeß revolutionärer Veränderungen gehört, der bereits vor Jahren von der Sowjetunion seinen Ausgang genommen hat. Man muß sogar zugeben, daß dieser Prozeß erst jetzt, also ziemlich spät, vom Zentrum bis an die Peripherie, die DDR, vorgedrungen ist. In mancher Beziehung wiederholt sich in der DDR, was in Polen und Ungarn vorher stattfand. Allerdings ist es nicht dasselbe, wenn in der DDR Gleiches wie in Polen und Ungarn geschieht. Spezifisch deutsch ist also nicht die Revolution, sondern sind die Wirkungen, die, anders als in anderen Ländern, eine Revolution auf deutschem Boden hat.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Prassehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortungsvoll
für die Inhalte
des Sozialdemokratischen
Pressedienstes



Von den bürgerlichen Zeitungen in Rußland wird berichtet, daß sie am 28. Oktober (9. November) 1917, dem Morgen nach der Erstürmung des Winterpalais in Petrograd, wie gewohnt erschienen, als sei nichts geschehen, und zwar mit Kommentaren, wonach die Übernahme der Macht durch die Sowjets höchstens ein vorübergehendes Ereignis sei. Es ist wohl typisch für Revolutionen, daß die Zeitgenossen ihren Beginn verschlafen, weil die Bedeutung einzelner Vorgänge erst im Nachhinein klar wird. So wußte sicher, was heute jedes Schulkind weiß, kaum einer, der am 14. Juli 1789 an der Erstürmung der Bastille teilgenommen hatte, daß damit die Große Französische Revolution ihren Anfang genommen hatte. Überlassen wir es also der späteren Geschichtsschreibung, das Datum, den Ort und das Ereignis genau zu bestimmen, an dem die Revolution begann, der wir jetzt beiwohnen. Aber soviel ist jetzt schon klar: Was wir bisher die „Reformen Gorbatschows“ genannt haben, ist in Wahrheit der Ausgangspunkt einer neuen großen europäischen Revolution, die nun auch Deutschland erreicht hat.

Eine erste Folge ist schon eingetreten. Der Ostblock als Block ist im Begriff, sich aufzulösen. Der Zerfall ist so radikal, weil er nicht von den Rändern, sondern vom Zentrum ausgeht. Der revolutionäre Charakter dieses Zerfalls ist nur deshalb weitgehend verkannt worden, weil - im Gegensatz zur SED - die führende und bis dahin einzige politische Kraft in der Sowjetunion, die KPdSU, sich sofort selbst an die Spitze der Veränderungen gesetzt hat. Am Anfang stand die Erkenntnis, daß das sowjetische Modell des zentraladministrativen Sozialismus seine historische Funktion beim Aufbau der Sowjetmacht längst erfüllt hatte und seit Jahrzehnten längst überfällig war, als es immer noch wider jede Vernunft mit äußeren Machtmitteln künstlich aufrechterhalten und den Glasstaaten der Sowjetunion sogar mit Gewalt, wie 1968 in Prag, aufgezwungen wurde. Erst als die eiserne Starre der Stagnation die Grundlagen der sowjetischen Weltmacht selbst gefährdete, also spät, vielleicht zu spät für die Weltmacht Sowjetunion, fand die Reformgruppe um Gorbatschow die Bedingungen, die Kraft und den Mut, aus der richtigen Einsicht die notwendigen politischen Konsequenzen zu ziehen. Wer aber das bis dahin verbindliche Modell im eigenen Lande als untauglich verwirft, kann es anderen nicht mehr vorschreiben. Der Wegfall der Breschnew-Doktrin ist also eine unvermeidliche Folge des inneren Umbaus der Sowjetunion.

Damit begann das ausweglose Dilemma der kommunistischen Parteien in den Glasstaaten der Sowjetunion. Ohne Machtrückversicherung bei der Sowjetunion müssen sie erstmals ihre Legitimation beim eigenen Volke suchen. Die Machtfrage können sie nur noch so lange stellen, wie sie sie im Ernstfall ohne das Eingreifen der Sowjetarmee auch für sich zu entscheiden in der Lage sind. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei und die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei waren dazu nicht mehr in der Lage oder nicht mehr bereit. Als kommunistische Parteien, die darauf verzichten, die Machtfrage zu stellen, und statt dessen ihre Legitimation beim Volke in freien Wahlen suchen, verwandeln sie sich zwangsläufig in Parteien sozialistischen oder sozialdemokratischen Typs und ändern folgerichtig irgendwann auch ihren Namen.

Der Prozeß wird weitergehen und ist jetzt bei der SED angelangt. Deren alte Führung wußte ganz genau, was ihr bevorstand, wenn sie den Weg der sowjetischen, polnischen und ungarischen Kommunisten gehen würde. Aber ihre Verweigerung wurde aussichtslos in dem Augenblick, in dem die Sowjetunion ihr den Rückhalt für den Fall entzog, daß sie wie in China die Machtfrage stellen würde. Schon vorher hatte die Öffnung der ungarischen und polnischen Grenzen nach Westen der alten SED-Führung das entscheidende Mittel zur Disziplinierung der Bürgerinnen und Bürger der DDR aus der Hand geschlagen.

Nur wenn wir die gegenwärtige Revolution auf deutschem Boden in den Gesamtzusammenhang einer größeren europäischen Revolution stellen, die ihren tiefsten Grund im Zusammenbruch des sowjetischen Modells von Kommunismus hat, erkennen wir, warum sie bis jetzt erfolgreich war und weshalb sie, wie so viele Revolutionen auf deutschem Boden zuvor, scheitern würde, wenn sie nur einen einzigen Schritt zu schnell zu weit gehen würde.

2. Der Zerfall der pax americana et sovietica

Wenn ich mich kritisch frage, was ich nicht vorhergesehen und falsch eingeschätzt habe, dann ist es der außerordentlich schnelle Zerfall des Ostblocks als Block. Das muß kein Unglück sein; denn die Überwindung der Blöcke war immer das Ziel sozialdemokratischer Politik. Nur rechnete diese Politik mit zwei, auf längere Zeit relativ stabilen unterschiedlichen Ordnungssystemen in Europa, die es galt, friedens- und kooperationsfähig zu machen. In diesem Zusammenhang hatte die Dialogpolitik der SPD mit den regierenden kommunistischen Parteien, also auch mit der SED, ihren Sinn und ihre Rechtfertigung. Und es ist nur peinlich, wenn manche glauben, sich nachträglich dafür entschuldigen zu müssen. Mit dem Zerfall des Ostblocks ändern sich allerdings alle Rahmenbedingungen; und der Weg zur Zusammenführung des ganzen Europa muß neu bestimmt und ausgemessen werden.

Europa erlebt eine Phase äußerster Labilität, die große Chancen, aber auch große Gefahren enthält. Ohne das sowjetische Modell eines zentraladministrativen Sozialismus entfällt die ideologische Klammer, die der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ ihren Namen gab. Bis jetzt hat sich in keinem der Glacisstaaten der Sowjetunion ein eigenwüchsiger, kräftiger Sozialismus gezeigt, der imstande wäre, eine Synthese mit den notwendigen Elementen einer Marktwirtschaft einzugehen, ohne seinen bestimmenden Charakter als Sozialismus zu verlieren. Auch in der DDR stehen die Chancen dafür objektiv nicht gut.

Mehr als im Westen Europas droht das Wort Sozialismus im Osten, zu einem bloßen Etikettenschwindel zu werden, hinter dem sich ein Rückfall in den reinsten Kapitalismus ankündigt. Das kann die deutsche Sozialdemokratie nicht wollen. Aber auch sie verfügt nicht über die Mittel eines Wunderheilers, die jetzt eigentlich nur noch helfen können. Es wird Geduld, Mut und Entschiedenheit brauchen, sich in einer solchen Lage an die Seite der neuformierenden sozialdemokratischen Kräfte und der zum demokratischen Sozialismus konvertierenden, ehemals kommunistischen Parteien zu stellen, um dem Wort „Sozialismus“ in den Staaten, die sich bis vor kurzem „sozialistisch“ nannten oder noch nennen, wieder einen guten demokratischen und freiheitlichen Klang zu geben. Wer heute vom demokratischen Sozialismus in der DDR oder in einem anderen Land des ehemaligen Ostblocks spricht, kann nicht morgen oder übermorgen meinen, sondern muß eine lange Zeitperspektive im Blick haben.

Der beschriebene Zustand bedeutet, daß der ehemalige Ostblock zu einem Vakuum geworden ist, in das zunächst alles hineingesogen wird, was aus dem Westen kommt: Gutes und Schlechtes. Die Sowjetarmee, die noch in den meisten Glacisstaaten der Sowjetunion stationiert ist, hat ihre Funktion, die ideologische Klammer machtpolitisch abzusichern, verloren, weil Moskau selbst eine verbindliche Ideologie nicht mehr anzubieten hat und außerdem die wirtschaftlichen Lasten der maroden Volkswirtschaften dieser Länder nicht zu tragen imstande ist. Es muß also damit gerechnet werden, daß die sowjetische Führung den Rückzug der sowjetischen Truppen auf das Territorium der Sowjetunion anbieten wird, sofern ihre Sicherheit und die Stabilität von Staaten und Grenzen in Europa gewährleistet werden können. Es ist also nur eine Frage der Zeit, wann die Sowjetunion das bisher mit den Vereinigten Staaten geteilte Kondominium über Europa zu Gunsten einer Neuordnung Europas im Sinne einer Friedensordnung oder, wie die Sowjets selbst sagen, des Gemeinsamen Europäischen Hauses aufkündigt wird.

Damit geht die pax americana et sovietica zu Ende, die Europa eine Zeit von mehr als vierzig Jahren Frieden gebracht hat, allerdings für den Preis der Teilung in Einflußsphären der beiden Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkriegs und einer jeweils von außen auferlegten Ordnung. Die Amerikaner, die in dem sich ankündigenden Rückzug der Sowjetunion als einer mitteleuropäischen Ordnungsmacht vorerst noch den Sieg des Kapitalismus über den Kommunismus feiern, beginnen erst langsam zu begreifen, was das für ihre eigene Stellung in Europa bedeutet. Sie wird nämlich auf Dauer unhaltbar und im wesentlichen überflüssig werden, sofern es gelingt, die europäische Sicherheit in das strategische Gleichgewicht der Nuklearsupermächte weiterhin einzubinden.

Die Vereinigten Staaten haben aber auch sonst wenig Grund zum Triumph. Die Freude über die innere Schwäche ihres Hauptrivalen, der Sowjetunion, kann immer weniger ihre eigenen Schwächen überdecken. Beide Supermächte leiden seit einiger Zeit an sichtbarer „imperialer Überforderung“. In der Politikwissenschaft spricht man bereits von den „declining superpowers“. Die größte Schuldnernation der Welt leistet sich ihre gigantische Militärmacht auf Pump, während ihre Konkurrenzfähigkeit auf den zivilen Märkten der Welt weiterhin abnimmt. Es sieht so aus, als ob die wirtschaftliche Grundlage auch im Falle der Vereinigten Staaten die Last einer Weltmachtrolle nicht mehr unangefochten zu tragen imstande ist. Der Unterschied ist nur, daß es die Vereinigten Staaten etwas länger als die Sowjetunion aushalten, von der eigenen Substanz und dem erstaunlicherweise immer noch vorhandenen internationalen Vertrauen zu leben. Eagleburger, der stellvertretende Außenminister der Vereinigten Staaten, hat eine sehr nüchterne Sicht der Lage. „Wenn es stimmt“, sagt er (1), „daß wir als Sieger aus dem Kalten Krieg hervorgegangen sind, dann sind wir ebenso wie die Sowjets hinter uns - ziemlich außer Atem durchs Ziel gekommen“.

(-/6.12.1989/vo-he/rs)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

1) Lawrence S. Eagleburger „Die amerikanische Außenpolitik in einer Zeit des Umbruchs, in: Amerika-Dienst, 35, 20. Sept. 1989, United States Information Service, Embassy of the United States of America, 5300 Bonn 2.

Die Geschichte erlitten und mitgestaltet
Fritz Heine zum 85. Geburtstag

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Nur wenigen Sozialdemokraten ist es vergönnt, auf einen so langen Zeitraum deutscher Geschichte zurückzublicken wie das Fritz Heine an seinem 85. Geburtstag möglich sein wird. Er hat diese Geschichte seines Volkes nicht nur erlebt, sondern auch erlitten, als die Nazis mit ihrer verbrecherischen Politik die Besten unseres Volkes in Haft nahmen oder in die Emigration zwangen.

Fritz Heine wurde 1904 in Hannover geboren, der Stadt, die 41 Jahre später die Wiederbegründung der deutschen Sozialdemokratie durch Kurt Schumacher und seine politischen Freunde, darunter Fritz Heine, erlebte.

Als die Nazis die Macht in Deutschland an sich rissen, ging Fritz Heine mit dem Parteivorstand zunächst nach Prag, später dann nach Paris. Da er sich in der Hauptstadt der Tschechoslowakei gut auskannte, gelang es ihm auch, weitere führende deutsche Sozialdemokraten unter anderen Otto Wels und Erich Ollenhauer nachzuholen.

Vielen Sozialdemokraten, insbesondere auch jüdischen Menschen, verhalf Fritz Heine über Portugal zur Flucht in die USA.

Im Pariser Exil wurde Fritz Heine dann mit der Verlagsleitung des „Neuen Vorwärts“ betraut, den er in Frankreich bis zum Jahre 1941 herausgeben konnte. Danach ging er nach kurzer Internierungshaft nach London, wo er mit Erich Ollenhauer im Büro der Sozialdemokraten im Exil zusammenarbeitete. 1946, nach Deutschland zurückgekehrt, sagt er mir, wie frappierend es für die Sozialdemokraten war, daß die Auffassung der Sozialdemokraten im Exil mit den Zielsetzungen der SPD von Kurt Schumacher übereinstimmten, obwohl doch Kurt Schumacher zehn Jahre von der Außenwelt abgeschlossen war. Aber schon 1945 nahm Fritz Heine an der denkwürdigen Konferenz von Wennigsen vom 5. bis 7. Oktober 1945 teil, auf der die Führung der SPD bis zur Durchführung eines Gesamtparteitages für die Westzonen Kurt Schumacher und für die Ostzone Otto Grotewohl bestimmte.

Kurt Schumachers Aufruf vom 6. Mai 1945, zwei Tage vor der Kapitulation von Nazi-Deutschland, stand unter dem Leitmotiv „Wir verzweifeln nicht“ - und Fritz Heine war, wie seine von ihm verfaßte spätere Schumacher-Biographie ausweist, einer der Genossen, die trotz aller schweren Drangsal und Erlebnisse während der Diktatur der Nationalsozialisten in Deutschland diesem Aufruf zur demokratischen Erneuerung unseres Volkes gefolgt ist. Als Geschäftsführendes Parteivorstandsmitglied war er entscheidend am Aufbau der SPD beteiligt. Später übernahm er die Leitung der „Konzentration GmbH“. Wichtig war ihm der Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur, insbesondere im Bereich der Telekommunikation, wobei es ihm zugleich um den Abbau bürokratischer Strukturen in diesen Bereichen ging.

Angesichts der jüngsten Entwicklungen in Europa, die deutlich machen, daß Diktatur und Unterdrückung keine Überlebenschance haben, wird Fritz Heine mit besonderer Genugtuung auf die Erfolge sozialdemokratischer Ideen in allen unseren östlichen Nachbarländern schauen, mit denen er in den Zeiten der Nazi-Herrschaft so engen Kontakt gepflegt hatte.

Die herausragende Bedeutung des Begriffs „Freiheit“ für einen demokratischen Wandlungsprozeß stand für Fritz Heine unumstößlich fest - wir erleben heute, wie zentral der Wunsch nach Freiheit in allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens bei unseren Landsleuten und darüber hinaus in Europa ist.

Wir haben Fritz Heine dafür zu danken, daß er seine ganze Kraft für den Neubeau einer starken Sozialdemokratischen Partei eingesetzt hat, durch die auch die entscheidenden gesellschaftlichen Grundlagen in der Bundesrepublik Deutschland vorgeprägt wurden.

Auch heute im hohen Alter nimmt er aktiv an der Gestaltung sozialdemokratischer Politik teil. Die SPD ist stolz darauf, einen solchen Mann zu haben.

(-/6.12.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Was die Sozialdemokraten in der DDR wollen

(Teil I)

Bei der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, die am 7. Oktober in Schwante (Kreis Oranienburg) erfolgte, hielt Markus Meckel einen programmatischen Vortrag, den wir in mehreren Fortsetzungen dokumentieren. Der Vortrag war von einer Initiativgruppe, die die Parteigründung vorbereitet hatte, erarbeitet worden.

Die gegenwärtige Herausforderung zur Parteigründung

Vorausgesetzt, wir einigen uns, so gründen wir heute die Sozialdemokratische Partei in der DDR. Wir wollen damit ein Hoffnungszeichen setzen in der Unruhe und Spannung dieser Tage und Wochen. Es soll ein Zeichen sein des beginnenden Endes einer entmündigenden Herrschaft und des notwendigen Anfangs einer wirklich demokratischen deutschen Republik.

Wir tun dies an dem Tag, an dem die DDR 40 Jahre alt wird. Doch sehen wir keinen Grund zu feiern. Die Situation in unserem Land ist bedrohlicher denn je. Die Politik der SED hat das Land in eine schwere Krise geführt, eine Krise, die offenbart, was in diesem Land seit Jahrzehnten geschieht. Diese Politik plündert das Land aus und verschleudert seine Ressourcen. Wir leben von der Substanz und durch ständige Hypotheken auf die Zukunft. Täglich verlassen viele zumeist junge Menschen die DDR. Natur und Umwelt werden durch unverantwortliche Politik und schlechtes Wirtschaften in großem Ausmaß zerstört. Wir werden zum Müllplatz des Westens. Schweinefleisch geht billig in den Westen - Gülleseen bleiben zurück (Quaschwitz, Bezirk Gera). Alles, wofür Devisen zu bekommen ist, wird verkauft, selbst kulturelles Erbe.

Alte Städte verfallen und werden abgerissen. Es muß noch untersucht werden, wieviele denkmalgeschützte Gebäude und Anlagen im Krieg zerstört wurden und was danach verfiel. Wer etwas gegen all dies tun will, erfährt: Du bist nicht zuständig! Das geht dich nichts an. Wenn sie oder er dann den Verantwortlichen sucht: Es gibt ihn scheinbar nicht. Eine organisierte und scheinbar anonyme Verantwortungslosigkeit prägt das System.

Ein 40jähriger absoluter Wahrheits- und Machtanspruch der SED hat die Menschen ihrer Zuständigkeit für die eigene Wirklichkeit beraubt. Die jahrzehntelange Bevormundung und Entmündigung hat es verhindert, daß die meisten Bürger dieses Landes eine Identität als DDR-Bürger entwickelt haben. Die Menschen verloren weitgehend die politische Dimension als ein Teil ihres Lebens und wurden so eines Teiles ihrer selbst beraubt. Sie erfuhren sich nicht als Herren im eigenen Haus, sondern als Untertanen, als Befehls- und Weisungsempfänger. Normale soziale Rechte wie zum Beispiel eine angemessene Berufsausbildung und das Erhalten einer Wohnung oder die den Fähigkeiten angemessene Stellung und Verantwortung in Beruf und Gesellschaft - all das wurde unter der Hand zu einem Privileg, das zu verlieren man Angst hatte. Dieses System der Angst war ein Wesensmerkmal unserer Gesellschaft. Und wirklich vorbei ist es noch nicht.

Die SED betrachtet bis heute Staat und Gesellschaft als ihren Besitz, den sie möglichst umfassend gestalten und formen will. Neben der Entmündigung der Bürger führt dies auch zu einem riesigen bürokratischen Apparat mit seinen Sicherheitskräften und zu der bekannten Unflexibilität in Gesellschaft und Wirtschaft.

In den Ländern Osteuropas ist in den letzten Jahren vieles in Bewegung gekommen. Das hat auch in unserem Land manche Hoffnung geweckt. Doch ist diese Hoffnung in den letzten Monaten bei vielen einer großen Enttäuschung und Perspektivlosigkeit gewichen, weil die SED keinerlei Bereitschaft zu wirklichen Reformen gezeigt hat. Diese Politik der SED verhindert zunehmend selbst, was ihr erklärtes Ziel ist. Durch eine 40jährige Geschichte hat sie den Begriff des Sozialismus so sehr diskreditiert, daß er gegenüber vielen DDR-Bürgern kaum noch benutzbar ist als Beschreibung eigener Zielbestimmung. Dabei wollen wir genau das, was in der Vision des Sozialismus ausgesprochen ist: ein gerechtes und soziales Gemeinwesen.

Die Chancen des Aufbaus eines solchen Gemeinwesens in einer nichtkapitalistischen DDR schwinden jedoch bei längerer SED-Herrschaft immer mehr. Deshalb wollen wir nicht warten, sondern tun, was wir selbst tun können. Wir treten ein für eine völlige Neuorientierung und Um-

strukturierung von Staat und Gesellschaft in der DDR. Auch wir wollen einen Staat in antifaschistischer Tradition, wie er vor 40 Jahren proklamiert wurde. Doch wollen wir es grundsätzlicher. Wir sind Gegner jedes Totalitarismus - also auch des Stalinismus. So ist gerade im Anknüpfen an die antifaschistische Tradition eine radikale Veränderung nicht nur gegenwärtiger Politik notwendig, sondern des Systems im Ganzen.

Was können wir für diese Veränderung tun?

Zuallererst müssen wir es neu lernen, uns selbst als politische Wesen zu verstehen, die Verantwortung für ihre Wirklichkeit tragen. Das bedeutet, daß wir selbst sagen müssen, was wir wollen, welche Politik wir wollen und wie wir uns die Gestalt dieses Landes vorstellen. Notwendig ist die Erarbeitung einer politischen Alternative für dieses Land. Dazu bedarf es der klaren und unverstellten Sicht auf das, was ist. Und dann ist es wichtig, darüber in einen öffentlichen Diskurs zu treten mit allen, die ebenfalls an der Zukunft dieses Landes interessiert sind.

Wir als ein verschwindend kleiner Teil dieser Gesellschaft können uns nicht anmaßen, dieses notwendige gesellschaftliche Gespräch organisieren zu können. Doch wir können es herausfordern und haben es faktisch schon am 28. August getan, als wir die Initiative zu dieser Partei zum ersten Mal vorstellten. Wir fordern dieses Gespräch heraus und beteiligen uns an ihm aus allen möglichen Ebenen und in der Mitarbeit auf den verschiedenen Foren und Gesprächsebenen, die sich in den letzten Wochen gebildet haben. Dort müssen wir dann jeweils versuchen, das, was wir wollen, möglichst klar zu sagen, zur Diskussion zu stellen und in dieser zu bewähren. Für diese von uns anvisierte politische Perspektive suchen wir Verbündete und Mitstreiter. Als Partei werden wir versuchen müssen, diese politische Perspektive mitainander möglichst klar und überzeugend auszuarbeiten. Und im gesellschaftlichen Gespräch wird sich zeigen, ob sie bei der Bevölkerung so überzeugend ist, daß sie mit der Unterstützung vieler zu einer politischen Kraft wird.

Warum eine sozialdemokratische Partei?

Die Inhalte des Namens als Orientierung

Schon im Namen einer sozialdemokratischen Partei sind zwei grundlegende Kriterien für die Entwicklung, die wir wollen, ausgesprochen. Sie soll sozial und demokratisch sein! Mit dem Zusammenhang beider Begriffe ist die notwendige Zusammengehörigkeit von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechten und den politischen und bürgerlichen Grund- und Partizipationsrechten ausgedrückt. Diese Menschenrechte sollen Leitlinien und Grundlagen unserer Politik sein und müssen gegen jede staatliche und wirtschaftliche Macht geschützt und durchgesetzt werden. Oft wird für diese Zielrichtung dann auch der Begriff des demokratischen Sozialismus gebraucht. Zu unserer Zielbestimmung gehört als drittes Kriterium noch die ökologische Orientierung. Wir meinen aber, daß das nicht im Namen genannt werden muß, da ökologisches Wirtschaften künftig zur Überlebensbedingung jedes gesellschaftlichen Systems wird - auch jeder Diktatur. Natürlich sind wir aber der Überzeugung, daß ein demokratisches und soziales System mehr Chancen hat, eine wirklich ökologische Wirtschaft aufzubauen und so Zukunft zu sichern.

Das Anknüpfen an die deutsche sozialdemokratische Tradition

Mit der Wahl dieses Namens stellen wir uns bewußt in eine alte Tradition. Der Grundcharakter der deutschen Sozialdemokratie war von Anfang an das Eintreten für die Benachteiligten im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozeß - und das waren zuallererst die Arbeiter. Dabei war der Ansatz von vornherein nicht paternalistisch, sondern lag in der Mobilisierung der Betroffenen - die in der SPD zum Subjekt ihres eigenen Befreiungskampfes wurden.

Schon früh band die Sozialdemokratie die Verfolgung ihrer Ziele an demokratische Wege und Methoden, d.h. an Rechtsverfassung und -normen. Sie war gegen Gewalt im gesellschaftlichen Kampf. Dem fühlen wir uns verbunden. Sie machte Veränderung der Gesellschaft in einem demokratischen Gemeinwesen vom Willen der Mehrheit abhängig und versuchte, diesen Mehrheitswillen zu formen und zu mobilisieren. So wurde sie zunehmend zu einer Volkspartei, welche die Gewerkschaften unterstützte und für die Mitbestimmung am Arbeitsplatz in der Gestaltung der Produktion eintrat, ebenso wie schon sehr früh für die Gleichberechtigung der Frauen.

Diese Tradition ist uns wichtig.

(-/6.12.1989/vo-he/rs)

(Den zweiten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

* * *